

**Niederschrift
über die 5. Sitzung des Verwaltungsausschusses**

Sitzung am :	Mittwoch, den 05.03.2025
Sitzungsort:	Sitzungszimmer 345

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 18:27 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender Oberbürgermeister Steffen Zenner

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Sven Gerbeth
Herr Lars Gruber
Frau Claudia Hänsel
Herr Ronny Hering
Herr Prof. Dr. Lutz Kowalzik früher gegangen
Herr Tim Schuster
Herr Maik Schwarz

Beratendes Mitglied

Herr Fabrice Franke

Stellvertretende Mitglieder

Herr Dieter Blechschmidt Vertretung für Herrn Jörg Schmidt
Frau Diana Simon Vertretung für Herrn Mathias Weiser

Abwesende:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Schmidt Entschuldigt
Herr Mathias Weiser Entschuldigt

Beratende Mitglieder

Herr Uwe Geisler
Herr Wolfgang Müller Entschuldigt
Herr Mario Schreiter Entschuldigt
Herr Gerd Steffen

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Martin Hofmann	Rechnungsprüfungsamt	Gesamte Sitzung
Herr Lars Krämer	Leiter Büro OB	Gesamte Sitzung
Herr Marcel Fröbisch	Personalrat Verwaltung	Gesamte Sitzung
Frau Antonia Wagner	SB Haushalt/Berichtswesen	TOP 4.3
Herr Sascha Giller	Justiziar	Gesamte Sitzung
Herr René Schreiter	FBL Sicherheit und Ordnung	Gesamte Sitzung
Frau Bianca Aurich	Kommunale Statistikstelle	TOP 7.2
Frau Nadja Friedländer-Schmidt	FBL Bürgerservice	TOP 3.1
Frau Carlo Blume-Brake	FBL Haupt- und Personalverwaltung	Gesamte Sitzung

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Frau Nancy Dietrich	Berichterstattung öffentl. Teil

Tagesordnung: öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.2. Tagesordnung
 - 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 4. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 22.01.2025
 - 1.4. Beantwortung von Anfragen
 - 1.5. Informationen des Oberbürgermeisters
2. Einwohnerfragestunde
3. **Information**
 - 3.1. Auswertung Mängelmelder 2024
INV-024/2025
4. **Vorberatung**
 - 4.1. Überprüfung der Stadträte auf Mitarbeit bei der ehem. Staatssicherheit der DDR
 - Antrag der CDU-Fraktion, Reg.-Nr. 1-24 - Stellungnahme der Verwaltung
 - Änderungsantrag der CDU-Fraktion, Reg.-Nr. 49-25
BSV-109/2025
 - 4.2. Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen für Personalkosten
BSV-111/2025
5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Die 5. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Oberbürgermeister Zenner durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet. Gemäß § 39 Absatz 1 SächsGemO weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Verwaltungsausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktion Die Linke/Grüne, und Stadtrat Ronny Hering, AfD-Fraktion, bestimmt.

1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Oberbürgermeister Zenner stellt die Beschlussfähigkeit fest.

1.2. Tagesordnung

Die Tagesordnung für die 5. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird bestätigt.

1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 4. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 22.01.2025

Oberbürgermeister Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 4. Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 22.01.2025 fest.

1.4. Beantwortung von Anfragen

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender Freie Bürgerliste, verweist auf seine Anfrage im Verwaltungsausschuss vom 22.01.2025 zu den Grundsteuerbescheiden. Er wollte wissen, ob eine Auswertung oder Einschätzung dazu im Finanzausschuss oder im Stadtrat erfolgen wird. Die bisherige Antwort auf seine Anfrage empfindet er als unzureichend. Er fragt daher erneut nach, ob tatsächlich keine Bilanz im Jahresverlauf vorgesehen ist. Zudem erinnert er daran, dass bei der damaligen Beschlussfassung vereinbart wurde, eine entsprechende Auswertung durchzuführen.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass eine Auswertung auf jeden Fall erfolgen wird. Dies wurde bereits bei der Festlegung der Hebesätze besprochen. Es wird sich weiterhin an die gemeinsame Beschlussfassung gehalten, wonach die Maßnahme für die Verwaltung aufkommensneutral gestaltet werden soll. Voraussichtlich müssen die Hebesätze im Laufe des Jahres noch einmal angepasst werden.

1.5. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Zenner bedankt sich herzlich bei Frau Friedländer-Schmidt sowie allen Wahlhelfern für ihre Unterstützung bei der Bundestagswahl.

Des Weiteren spricht er den Faschingsumzug an, der bei bestem Wetter und in friedlicher Atmosphäre erfolgreich durchgeführt wurde. Sein besonderer Dank gilt Herrn Dr. Schreiter, dem gemeindlichen Vollzugsdienst sowie den Kollegen der Polizei für ihre tatkräftige Unterstützung und die Absicherung der Veranstaltung.

Zudem informiert er darüber, dass mit dem symbolischen Spatenstich für den neuen Kreisverkehr und den geplanten EDEKA-Markt im Bereich Martin-Luther-Straße/ Reißiger Straße nun offiziell die Bauphase begonnen hat. Er hebt hervor, dass der Kreisverkehr zur Optimierung der Verkehrsflüsse beitragen soll und der EDEKA-Markt direkt an diesen angebunden wird. Auch im Hinblick auf das neue Sportforum Vogtland wird eine positive Wirkung erwartet. Darüber hinaus werden 200 neue Parkplätze geschaffen, die – soweit möglich – auch außerhalb der regulären Öffnungszeiten genutzt werden können.

Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Die Linke/Grüne, erkundigt sich, ob im Zuge dieser Baumaßnahmen der neue Spielplatz betroffen ist.

Oberbürgermeister Zenner stellt klar, dass der Spielplatz nicht betroffen ist. Zudem erläutert er, dass der Zeitplan vorsieht, den Kreisverkehr sowie den EDEKA-Markt bis Dezember dieses Jahres fertigzustellen.

2. Einwohnerfragestunde

Es erschien kein Einwohner zur Fragestunde.

3. Information
3.1. Auswertung Mängelmelder 2024
INV-024/2025

Frau Nadja Friedländer-Schmidt, FBL Bürgerservice, wertet anhand einer Präsentation den Mängelmelder für das Jahr 2024 aus.

Die Präsentation wird den Fraktionen im Nachgang zur Verfügung gestellt.

Außerdem lädt Frau Friedländer-Schmidt die Mitglieder der Fraktionen herzlich zu den diesjährigen Ortsbegehungen und Einwohnerversammlungen ein.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion, fragt an, ob es sinnvoll wäre, die Rubrik „Sonstiges“ einzuführen.

Frau Friedländer-Schmidt entgegnet, dass dies nicht vorgesehen ist. Eine solche Rubrik gab es bereits, jedoch gingen dort zahlreiche Meldungen ein, die in den Zuständigkeitsbereich der Polizei fielen, beispielsweise zu Drogendelikten.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, möchte wissen, was genau unter dem Status „erledigt“ zu verstehen ist – ob dies bedeutet, dass eine Maßnahme im Sinne der Bürger abgeschlossen ist oder ob ein Vorgang lediglich aus finanziellen Gründen nicht weiterverfolgt wird.

Frau Friedländer-Schmidt erklärt, dass insbesondere bei Straßen und Gehwegen nicht immer eine Lösung im Sinne der Bürger sofort umsetzbar ist. Um eine Überlastung des Mängelmelders zu vermeiden, erhalten die Bürger den Hinweis, dass das Anliegen in die mittel- bzw. langfristige Planung aufgenommen wird.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, äußert sich positiv über den Mängelmelder. Er berichtet, dass seine Meldung zu einer defekten Straßenlaterne zuletzt innerhalb von weniger als 24 Stunden bearbeitet und behoben wurde.

4. Vorberatung
4.1. Überprüfung der Stadträte auf Mitarbeit bei der ehem. Staatssicherheit der DDR

- Antrag der CDU-Fraktion, Reg.-Nr. 1-24 - Stellungnahme der Verwaltung
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion, Reg.-Nr. 49-25
BSV-109/2025

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik, CDU-Fraktion, verliest den Antrag seiner Fraktion zur Überprüfung bzw. Wiederholungsüberprüfung der Mitglieder des Stadtrates auf eine mögliche Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit der ehemaligen DDR. Er dankt der Stadt Plauen dafür, dass sie sich des Antrags angenommen hat.

Bezüglich des Änderungsantrags, der vorsieht, auch die berufenen sachkundigen Einwohner zu überprüfen, nimmt er zur Kenntnis, dass die Stadtverwaltung diesen aus rechtlichen Gründen abgelehnt hat. Infolgedessen wird der Änderungsantrag zurückgezogen.

Oberbürgermeister Zenner weist darauf hin, dass über den ursprünglichen Antrag dennoch abgestimmt werden muss, auch wenn die Stadt Plauen sich dem Antrag bereits angenommen hat.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion, erklärt, dass es innerhalb seiner Fraktion die Überlegung gab, auch die Mitarbeiter der Fraktionen einer Überprüfung zu unterziehen. Er erkundigt sich, ob dies aus rechtlichen Gründen – analog zur Ablehnung der Überprüfung der sachkundigen Einwohner – ebenfalls nicht möglich sei.

Oberbürgermeister Zenner bestätigt, dass die Mitarbeiter der Fraktionen ebenfalls nicht überprüft werden dürfen.

Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Die Linke/Grüne, äußert die Auffassung, dass eine erneute Überprüfung nach fast 30 Jahren nicht mehr angemessen ist. Sie verweist

darauf, dass bereits mehrfach entsprechende Überprüfungen stattgefunden haben und die Opfer der Bespitzelung in den vergangenen drei Jahrzehnten ausreichend Zeit hatten, ihre Stasi-Akten einzusehen.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender Freie Bürgerliste, erklärt, dass es innerhalb seiner Fraktion unterschiedliche Meinungen zu diesem Thema gibt. Er spricht sich für eine Überprüfung aus, möchte jedoch wissen, welche Konsequenzen eintreten, falls dabei etwas festgestellt wird. Insbesondere interessiert ihn, ob ein betroffenes Stadtratsmitglied in einem solchen Fall dazu aufgefordert werden kann, sein Mandat niederzulegen.

Oberbürgermeister Zenner verweist darauf, dass es einen ähnlichen Fall offenbar in einem Parlament in Sachsen gab. Er übergibt das Wort an den Justiziar, Herrn Giller.

Herr Sascha Giller, Justiziar, erläutert, dass keine unmittelbaren rechtlichen Konsequenzen drohen. Ein Entzug des Mandats ist nicht möglich, da die Stadtratsmitglieder demokratisch gewählt und legitimiert sind. Ziel der Überprüfung ist es in erster Linie, den Bürgern der Stadt Plauen Transparenz darüber zu verschaffen, wie die Stadtratsmitglieder mit ihrer Vergangenheit umgehen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat Plauen beschließt, eine Überprüfung bzw. Wiederholungsüberprüfung der Mitglieder des Stadtrates auf eine mögliche Mitarbeit bei der Staatssicherheit der ehemaligen DDR gemäß den Bestimmungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) §§ 20/21 Abs. 1 Nr.6 b durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

4.2. Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen für Personalkosten BSV-111/2025

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass die Tarifverhandlungen bereits wieder aufgenommen wurden und die Personalkosten einen erheblichen Anteil am Haushalt der Stadt Plauen ausmachen. Auf die Frage der Presse, wie er die aktuellen Verhandlungen einschätzt, äußert er Verständnis dafür, dass die Gewerkschaften versuchen, die Preissteigerungen und die Inflation auszugleichen. Allerdings berücksichtigen sie dabei nicht, woher das benötigte Geld kommen soll.

Während Unternehmen steigende Kosten durch Preisanpassungen ausgleichen können, ist dies für eine kommunale Verwaltung nicht möglich. Daher müsse die Stadt bei steigenden Personalkosten Maßnahmen zur Effizienzsteigerung ergreifen. Dies könne bedeuten, die derzeitigen Öffnungszeiten zu überdenken oder zu prüfen, ob die Bearbeitungszeiten in ihrer bisherigen Form aufrechterhalten werden können.

Frau Carola Blume-Brake, FBL Haupt- und Personalverwaltung, macht Ausführungen zur Vorlage.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion, findet es richtig, dass in der Personalplanung bereits ein pauschaler Abzug berücksichtigt wird, wenn bekannt ist, dass es Vertretungen für Elternzeiten oder langfristig erkrankte Mitarbeitende geben wird. Er merkt an, dass er aus der Vorlage eine Differenz zwischen dem geplanten Abzug und den tatsächlich erzielten Einsparungen erkennt. Daher möchte er wissen, ob die tatsächlichen Zahlen weiterhin dem Niveau des Vorjahres entsprechen oder ob die Einsparungen so stark zurückgegangen sind, dass dies zu einer unerwarteten finanziellen Belastung geführt hat.

Frau Blume-Brake erklärt, dass die pauschale Reduzierung auf Erfahrungswerten basiert. In einem der vergangenen Haushaltsjahre wurde dieser Wert von 2 % auf 3 % angehoben. Die Grundlage für diese Reduzierung sind längere Stellenbesetzungsverfahren, unbesetzte Stellen, Krankheitsausfälle, Schwangerschaften und ähnliche Faktoren, die nicht im Voraus planbar sind. Die Erfahrungen aus dem Jahr 2024 sind jedoch erstmals in dieser Form aufgetreten. Eine so extreme Differenz hatte es in den Vorjahren nicht gegeben und war daher auch in der Planung nicht absehbar. Gleichzeitig zeigt sie sich erfreut darüber, dass die Maßnahmen des Arbeitgebers Wirkung zeigen. Sie hofft, dass sich dieser positive Effekt in den Jahren 2025 und 2026 weiter bemerkbar machen wird. Zudem weist sie darauf hin, dass

die Jahre 2021 bis 2024 stark vom Generationswechsel geprägt waren. Dies führte zu einer erhöhten Zahl an Altersteilzeitregelungen, einem gestiegenen Krankenstand und vermehrten Abgängen, was die Personalplanung zusätzlich beeinflusste.

Oberbürgermeister Zenner freut sich darüber, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesund sind und zur Arbeit kommen. Dies sieht er als ein Zeichen für das gute Arbeitsklima im Rathaus. Gemeinsam mit der Personalvertretung wird kontinuierlich daran gearbeitet, den Beschäftigten spürbare Vorteile und Mehrwerte zu bieten.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion, fragt nach, ob der positive Effekt darin besteht, dass die Zahl der Langzeiterkrankungen zurückgeht und die von der Verwaltung ergriffenen Maßnahmen erfolgreich sind.

Frau Blume-Brake bestätigt dies und hofft, dass die Jahre 2025 und 2026 einen repräsentativen Zeitraum bieten, um Vergleiche mit den Vorjahren anzustellen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen in Höhe von 1.735.429,72 EUR und Auszahlungen in Höhe von 1.389.520,16 EUR für Personalkosten des Jahres 2024.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Die Linke/Grüne, berichtet von einem Zeitungsartikel über einen Ukrainer, der offizielle Dokumente wie seine Geburts- und Heiratsurkunde online in seiner Heimat beantragt und ohne persönliche Vorsprache erhalten hat. Daraufhin hat sie selbst versucht, bei fünf verschiedenen Ämtern in der Stadt Plauen vergleichbare Dokumente online zu beantragen – jedoch ohne Erfolg. In jedem Fall war eine persönliche Vorsprache erforderlich. Sie betont, dass im Bereich der Digitalisierung dringend Fortschritte gemacht werden müssen.

Frau Blume-Brake antwortet, dass die Verwaltung bestrebt ist, digitale Prozesse weiter voranzutreiben, jedoch in vielen Bereichen durch gesetzliche Vorgaben eingeschränkt wird. Für einen gemeinsamen Austausch zu diesem Thema lädt sie Frau Hänsel zur nächsten Sitzung der AG Digitalisierung am 17. März ein.

Frau Friedländer-Schmidt ergänzt, dass eine Meldebescheinigung direkt beim Bürgerservice beantragt werden kann, wofür kein Termin erforderlich ist. Allerdings ist auch hier eine persönliche Vorsprache notwendig.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion, berichtet von der Diia-App, die von Ukrainern zur Beantragung offizieller Dokumente genutzt wird und einen reibungslosen Ablauf ermöglicht. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass in der Ukraine andere, weniger strenge rechtliche Vorgaben gelten als in Deutschland, was solche digitalen Verfahren erleichtert.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Ronny Hering
Stadtrat

Plauen, den 24.03.2025

Plauen, den

Linda Sämann
Schriftführer

Claudia Hänsel
Stadträtin

